

Finanzausschuss

Protokoll Nr. FINA/09/2012

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses
am 27. November 2012, Rathaus, Sitzungszimmer 601

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:15 Uhr

Anwesend

Vorsitzender

Herr Christian Conring

Stadtverordnete

Herr Rolf Griesenberg
Herr Dirk Langbehn
Herr Detlef Levenhagen
Herr Hartmut Möller

Bürgerliche Mitglieder

Herr Peter Egan
Herr Werner Segelken-Voigt
Herr Michael Stukenberg

- i. V. f. Herrn Dieter Brandt -
- beratend -

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Felix Leive

-Kinder- und Jugendbeirat -

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Angelika Andres
Herr Achim Keizer
Herr Horst Kienel
Herr Peter Röckendorf

- Bürgermeister -
- zu TOP 5 -
- bis einschl. TOP 6 -
- Berichterstatter -
- Protokollführer -

Entschuldigt fehlt

Bürgerliches Mitglied

Herr Dieter Brandt

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2012 vom 30.10.2012
5. Brandschutzsanierung des Rathauses **2012/122/1**
6. Gewinn- und Verlustrechnung 2011 der städtischen Mietwohnungen **2012/151**
7. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt
8. Ausschöpfung der Ertrags- und Einzahlungs-/ Einnahmequellen hier: Erhebung einer Zweitwohnungssteuer **2012/170**
9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013 **2012/120**
10. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer **2012/160**
11. Verschiedenes
- 11.1 Haushalt 2013
Anmerkungen eines Ausschussmitgliedes in der Sitzung des Finanzausschusses am 30.10.2012
12. Kenntnisnahmen

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende, Herr Christian Conring, begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Der Ausschussvorsitzende führt das Stellv. Bürgerliche Ausschussmitglied Peter Egan in sein Amt ein und verpflichtet ihn auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten gem. § 46 Gemeindeordnung.

2. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

3. Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 8. „Brandschutz“ und 9. „Gewinn- und Verlustrechnung“ werden vorgezogen und als neue Tagesordnungspunkte 5. bzw. 6. behandelt.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung festgesetzt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 08/2012 vom 30.10.2012

Es werden keine Einwände erhoben. Damit sind sowohl der öffentliche wie der nichtöffentliche Teil des Protokolls genehmigt.

5. Brandschutzsanierung des Rathauses

Der Sachvortrag wird von Herrn Keizer gehalten. Herr Keizer erklärt, dass in Zusammenarbeit mit dem Brandschutzprüfingenieur Heitmann ein Brandschutzkonzept erstellt wurde. Dieses Konzept enthält auch einen Maßnahmenkatalog, der der Vorlage als Anlage beigefügt wurde. Weiterhin wurde eine Planungsgruppe aus Statiker, Architekt und Gebäudetechniker eingerichtet, die die notwendigen statischen, bautechnischen und haustechnischen Untersuchungen vorgenommen haben.

Diese Untersuchungen ergaben einen Mittelbedarf von rd. 2,6 Mio. €, der auf die Jahre 2013 bis 2015 verteilt wurde.

Als erster Bauabschnitt, der in 2013 realisiert werden soll, ist der Bau eines zweiten Rettungsweges bzw. einer Fluchttreppe vorgesehen. Gem. vorliegender Kostenschätzung werden rd. 1 Mio. € an Baukosten erwartet. Die Kostenschätzung wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Eine weitere wesentliche Maßnahme ist die Sanierung des Treppenhausturmes. Hierbei muss unterschieden werden zwischen dem Treppenhaus aus der Tiefgarage in das Erdgeschoss und dem Treppenhaus aus dem Erdgeschoss in den Rathausturm.

In 2014 müssen weiterhin die Türen im Erdgeschoss und Obergeschoss erneuert werden.

Weitere wesentliche Maßnahmen sind die Verbesserung der Haustechnik, der Aufzüge und Lüftungsanlagen. Auch müssen die EDV-Leitungen verbessert bzw. nachgerüstet werden.

Der Finanzausschuss bedankt sich bei Herrn Keizer für den Sachvortrag.

In der anschließenden Diskussion wird insbesondere die Notwendigkeit des Brandschutzes erörtert.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass die Landesbauordnung zwar keine Termine nennt, aber ein sofortiges Handeln fordert. Auch aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch ergibt sich die Notwendigkeit, dass von dem Gebäude kein Schaden für Leib und Seele ausgehen darf.

Die Verwaltung erklärt nochmals, dass die Notwendigkeit des Brandschutzes gegeben ist und verweist auf die Sitzungsvorlagen inkl. Anlagen.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass erst einmal darüber diskutiert werden müsse, wie lange das Rathaus noch genutzt wird. Erst wenn die Diskussion ergibt, dass ein Abriss bzw. Neubau keinen Sinn machen würde, sollte über den Brandschutz diskutiert werden. Auch der Denkmalschutz müsse gegebenenfalls berücksichtigt werden.

Die Verwaltung erklärt, dass die Brandschutzsanierung des Rathauses langfristig vorbereitet wurde. Es wurde in der Vergangenheit ein Kostenvergleich zwischen einer Gesamtsanierung und einem Neubau angestellt. Eine Gesamtsanierung würde Kosten von rd. 6 Mio. € verursachen und ein Neubau rd. 12 Mio. €.

Ungeachtet eines anstehenden Denkmalschutzes müsse über die notwendige Brandschutzsanierung entschieden werden, da dieser keinen Aufschub duldet.

Auf Nachfrage erklärt die Verwaltung, dass die Kostengegenüberstellung Gesamtsanierung bzw. Neubau im Mai d. J. den städtischen Gremien vorgestellt wurde.

Ein Ausschussmitglied ergänzt weiterhin, dass die Brandschutzsanierung auch aufgrund der Verantwortung gegenüber den Mitarbeitern des Rathauses sowie den die Verwaltung aufsuchenden Ahrensburger Einwohnern notwendig sei.

Im Übrigen wird auf die rechtlichen Bestimmungen verwiesen, die einen Brandschutz notwendig machen. Die Stadtverwaltung könne an anderer Stelle nicht das Recht einfordern und durchsetzen und an anderer Stelle gesetzliche Regelungen selbst missachten.

Seitens eines Ausschussmitgliedes wird auch darauf hingewiesen, dass es sich bei dem Rathaus um ein markantes Gebäude handelt. Insofern sei aus seiner Sicht ein Abriss nicht vertretbar. Eine Sanierung sei aus seiner Sicht optisch und finanziell sinnvoll.

Der Ausschussvorsitzende gibt noch einmal zu bedenken, dass der Haushaltsplan nach wie vor ein negatives Ergebnis ausweist. Neben einem möglichen Neubau käme auch die Anmietung eines Objektes infrage. Aus seiner Sicht käme noch die Verschiebung dieser Maßnahme in Betracht. Er bittet daher die Verwaltung um Beantwortung dieser Frage und ob ggf. alle bisher veranschlagten Haushaltsmittel in dem Jahr 2013 benötigt werden.

In diesem Zusammenhang ergänzt Herr Kienel, dass es sich haushaltsrechtlich um eine Investition handelt (nachträgliche Herstellungskosten). Insofern wird der Ergebnishaushalt nur über zusätzliche Abschreibungen belastet. Herr Keizer ergänzt, dass auch für eine derartige Maßnahme ein Bauantrag gestellt werden müsse. Nach der notwendigen Prüfung und Genehmigung wird die Maßnahme dann ausgeschrieben, sodass ein Teilziel, ein zweites Treppenhaus zu errichten, in 2013 abgeschlossen werden sollte.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass auch in den Folgejahren ein negatives Ergebnis ausgewiesen wird und ein erheblicher Bedarf an Investitionskrediten vorhanden sei.

Herr Sarach erklärt, dass zwar die Haushaltspläne 2011 und 2012 einen Bedarf an Investitionskrediten ausgewiesen wurde, diese aber tatsächlich nicht in Anspruch genommen wurden.

Abschließend erklärt der Finanzausschuss mehrheitlich, dass eine Brandschutzsanierung für notwendig erachtet wird und dass diese Maßnahme ohne Aufschub in 2013 beginnen sollte.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Gewinn- und Verlustrechnung 2011 der städtischen Mietwohnungen

Der Ausschussvorsitzende fragt die Verwaltung, ob auch kalkulatorische Personalkosten als Aufwand in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt wurden.

Die Verwaltung sagt eine Prüfung im Rahmen des Protokolls zu.

Anmerkung der Verwaltung:

Unter II sind auch Verwaltungskosten veranschlagt. Hierbei handelt es sich um anteilige Personalkosten der zuständigen Sachbearbeiterin.

Hinterfragt wird weiterhin, ob überhaupt ein Bestand an städtischen Wohnungen notwendig sei.

Die Verwaltung erklärt, dass ein Teil des Wohnungsbestandes Kindertagesstätten zuzuordnen sind (Am Kratt, Pionierweg, Schäferweg). Weiterhin befinden sich zwei Wohnungen in der Feuerwehrrwache Wulfsdorf (Bornkampsweg 33). Ein Objekt (Reeshoop 22) dient auch der Unterbringung von Obdachlosen bzw. Durchreisenden.

Lediglich das Objekt Waldemar-Bonsels-Weg 144 – 146 käme für einen Verkauf infrage.

Abschließend wird erklärt, dass momentan kein Veränderungsbedarf - z. B. durch den Verkauf von Objekten - besteht. Der Finanzausschuss nimmt Kenntnis von der Gewinn- und Verlustrechnung 2011 der städtischen Mietwohnungen.

7. Bericht über die allgemeine Finanzlage der Stadt

Zurzeit befinden sich rd. 950.000 € auf den städtischen Geschäftskonten. An Tagegeld sind rd. 11,2 Mio. € angelegt. Bis zum Ende des Berichtszeitraumes (31.12.) werden an Zentralitätsmitteln und Familienleistungsausgleich noch Mittel von rd. 360.000 € erwartet. Weiterhin werden noch Einkommensteuer und Umsatzsteueranteile in Höhe von 2,4 Mio. € bzw. 400.000 € fällig. Dieses zusammen ergibt einen Betrag von rd. 15,3 Mio. €.

Dem stehen gegenüber routinemäßige Auszahlungen von rd. 5,9 Mio. €. Diese setzen sich im Wesentlichen zusammen aus der Kreisumlage, Sozialhilfe, Besoldung Beamte, Lohnsteuer, Defizit badlantic und Vergütung Beschäftigte. Alle vorgenannten Auszahlungen werden im Berichtszeitraum zweimal fällig. Weiterhin wird Ende des Quartals bzw. Ende Dezember Tilgungs- bzw. Zinszahlungen fällig.

Im Saldo stehen dann Ende des Jahres rd. 9,4 Mio. € an liquiden Mitteln zur Verfügung. Herr Kienel weist darauf hin, dass noch anstehende Auszahlungen für investive Maßnahmen zu berücksichtigen sind. Insofern wird sich die Summe an verfügbaren Mitteln noch reduzieren.

Das Gewerbesteueranordnungssoll liegt momentan bei 23,4 Mio. € (Haushaltsansatz: 20,5 Mio. €).

Der Finanzausschuss nimmt den Finanzbericht 11/2012 zur Kenntnis.

**8. Ausschöpfung der Ertrags- und Einzahlungs-/ Einnahmequellen
hier: Erhebung einer Zweitwohnungssteuer**

Der Ausschussvorsitzende erklärt zu Beginn, dass er dem Beschlussvorschlag, auf die Einführung einer Zweitwohnungssteuer zu verzichten, folgen könne.

Ein Ausschussmitglied bemängelt die ersten Ausführungen im Sachverhalt der Sitzungsvorlage. Es sei falsch zu behaupten, dass seit der Einführung der Doppischen Buchführung die Haushaltslage problematisch geworden sei. Durch die Einführung des Neuen Kommunalen Rechnungswesens werden die Kommunen dazu angehalten, mehr Vorsorge für die Zukunft zu betreiben.

Nach kurzer Diskussion über die Haushalts- und Verschuldungslage der Stadt wird abschließend über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. Erlass der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2013

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes einigen sich Finanzausschuss und Verwaltung auf eine außerordentliche Finanzausschusssitzung vor der Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2012. Diese Sitzung sollte um 18:30 Uhr beginnen. Eine Einladung sowie eine aktuelle Änderungsliste zum Haushalt werden nach der letzten Beratung eines Ausschusses am 06.12.2012 versandt.

Der Haushalt weist gem. erstem Entwurf 2013 ein negatives Ergebnis aus. Insofern wird u. a. die Schlossteichentschlammung für die in 2013 ein Aufwand von rd. 650.000 € veranschlagt ist, kritisch hinterfragt. Insbesondere die Höhe des Aufwandes sollte noch einmal überprüft werden, zumal die Entschlammung des Aalfangteiches nur rd. 350.000 € und die Entschlammung des Herrenteiches in Reinfeld nur rd. 400.000 € an Kosten verursacht hat. Inwieweit diese beiden Maßnahmen mit der Entschlammung des Schlossteiches vergleichbar sind, bleibt fraglich.

Ein Ausschussmitglied merkt an, dass in den Kosten von 650.000 € möglicherweise auch Kosten für die Sanierung des Uferbereiches enthalten sind.

Über die von der Verwaltung vorgeschlagene Anhebung der Grundsteuer B wird ebenfalls kurz diskutiert. Die GRÜNEN haben mit dem Antrag Nr. 56 und die WAB mit Antrag Nr. 67 sich bereits gegen eine Anhebung der Grundsteuer B ausgesprochen. Hierüber wäre dann in der nächsten Sitzung am 17.12.2012 zu entscheiden.

Der Antrag Nr. 63 der SPD-Fraktion beinhaltet auch die Position Gebäudeleittechnik Grundschule Am Hagen. Hierfür sind im Haushaltsentwurf 2013 29.000 € eingeplant. Der Antrag sieht vor, diesen Betrag in das Jahr 2014 zu verschieben.

Abstimmungsergebnis zu Nr. 1 des Antrages Nr. 63 der SPD „Gebäudeleittechnik Grundschule Am Hagen“

Abstimmungsergebnis:	3 dafür
	3 dagegen
	1 Enthaltung

Somit ist der Antrag abgelehnt.

Anschließend wird über den Antrag Nr. 67 der WAB hinsichtlich einer Absenkung der Zinsaufwendungen um 100.000 € kurz diskutiert. Es wird mehrheitlich die Auffassung vertreten, diese Position erst einmal nicht abzusenken. Gegebenenfalls könnte dies – sobald die Ausschussberatungen abgeschlossen sind – geschehen.

Der Antrag Nr. 67 sieht auch eine Anhebung der Vergnügungssteuer um 50.000 € vor. Der Haushaltsansatz würde dann 150.000 € betragen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Im Anschluss wird seitens eines Ausschussmitgliedes darauf hingewiesen, dass die Sach- und Dienstleistungen sowie Personalkosten im Vergleich zu den Vorjahren deutlich ansteigen. Weiterhin sollten die Kostendeckungsgrade der städtischen Einrichtungen hinterfragt werden. Der Vorbericht macht deutlich, dass die Kostendeckungsgrade der Kindertagesstätten bei rd. 50 % liegt, der der Straßenreinigung jedoch nur bei 25 %. Dieses müsse kritisch geprüft werden.

Weiterhin sollten sich Finanzausschuss und Verwaltung über einen so genannten Masterplan Finanzen Gedanken machen. In diesem Zusammenhang wird auf das Beispiel der Stadt Langenfeld, die mittlerweile schuldenfrei ist, verwiesen. Der Verwaltung wird hierzu ein Buch zur Einsichtnahme überreicht. Herr Sarach weist darauf hin, dass eine mittelfristige Finanzplanung zusammen mit dem Haushaltsentwurf vorgelegt wird.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass insbesondere durch Stellenzugänge im Bereich der Kindertagesstätten eine zusätzliche Belastung des Haushaltes entstanden ist.

Ein Ausschussmitglied hinterfragt weiterhin die Veranschlagung der Erschließung des Gewerbegebietes Beimoor Süd II und regt eine Verschiebung bzw. Streckung der Maßnahme an.

Die Verwaltung wird weiterhin gebeten, die Aufstockung des Budget 57100 „Wirtschaftsförderung“ (s. Seite 275) zu begründen. Dieses soll im Rahmen des Protokolls geschehen.

Anmerkung der Verwaltung:

Die Personalkosten sind durch die Veranschlagung einer halben Stelle angestiegen. Die Steigerung im Bereich der Sach- und Dienstleistungen entstehen durch die Weiterentwicklung der Homepage sowie der Erstellung von Newslettern für die Ahrensburger Wirtschaftsförderung. Weiterhin sind Info-Veranstaltungen für Ahrensburger Handwerksbetriebe und Unternehmen geplant.

Abschließend erklärt Herr Langbehn, dass über die in 2013 geplanten Grundstücksveräußerungen noch einmal diskutiert werden müsse. Dieses sollte in der Sitzung am 17.12.2012 geschehen.

Sodann nimmt der Finanzausschuss den 1. Haushaltsentwurf inkl. Änderungsliste mit Stand vom 27.11.2012 zur Kenntnis.

10. 2. Änderung zur Satzung der Stadt Ahrensburg über die Erhebung einer Hundesteuer

Zu Beginn wird von der SPD eine Änderung der Hundesteuersätze angeregt. Diese Änderung sieht für den ersten Hund eine Besteuerung von nur noch 90 € statt 100 €, für den zweiten Hund eine Besteuerung von 130 € statt 100 € und für jeden weiteren Hund einen Betrag von 150 € vor. Dieses wird in erster Linie mit der sozialen Komponente begründet, da insbesondere viele ältere Leute einen Hund besitzen und durch eine Steueranhebung betroffen wären.

Abschließend wird über die Sitzungsvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:
1 dafür
4 dagegen
2 Enthaltungen

Anschließend wird über den Änderungsantrag der SPD abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:
2 dafür
5 dagegen

11. Verschiedenes

11.1. Haushalt 2013

Anmerkungen eines Ausschussmitgliedes in der Sitzung des Finanzausschusses am 30.10.2012

Herr Brandt hatte in der Sitzung am 30.10.2012 Anmerkungen zum Haushalt 2013 vorgetragen, die er noch einmal schriftlich an die Verwaltung gerichtet hat.

Diese Anmerkungen sowie eine Stellungnahme der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Göken, Pollak & Partner sind dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

12. Kenntnisnahmen

Keine

gez. Christian Conring
Vorsitzender

Peter Röckendorf
Protokollführer